

Deutscher Gewerkschaftsbund

## REDE

**Reiner Hoffmann**

DGB-Vorstandsmitglied

**1. Mai 2014**

Duisburg

Es gilt das gesprochene Wort!

Ein herzliches Glückauf, Kolleginnen und Kollegen, zum Tag der Arbeit. Weltweit demonstrieren heute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Rechte, für bessere Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben.

Schön, dass ihr so zahlreich erschienen seid.

„Gute Arbeit. Soziales Europa.“ – das ist das Motto der Gewerkschaften für den 1. Mai in diesem Jahr.

In Sachen Gute Arbeit haben wir hierzulande in den letzten Monaten eine Menge erreicht. Schwarz-Gelb wurde abgewählt. Das war die Voraussetzung dafür, dass wir den von uns geforderten Politikwechsel auf den Weg gebracht haben. Nun kommt es darauf an, dass bei der Europawahl am 25. Mai die Weichen endlich auch für ein soziales Europa gestellt werden.

Nach vielen Jahren der Deregulierung konnten mit dem Mindestlohn, der Stärkung der Tarifautonomie und der Rente mit 63 wichtige Meilensteine in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung auf den Weg gebracht werden.

Das sind keine Wahlgeschenke, Kolleginnen und Kollegen, sondern wichtige sozialpolitische Korrekturen für eine neue Ordnung der Arbeit, die wir in diesem Land dringend brauchen. Über viele Jahre haben wir gemeinsam Druck für den gesetzlichen Mindestlohn gemacht. Weil es nicht sein darf, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Es darf nicht sein, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile durch Lohndumping verschaffen und wir alle dafür die Zeche zahlen. Unser Kampf hat sich gelohnt: Der gesetzliche Mindestlohn kommt ab dem 1. Januar 2015. Spätestens 2017 soll er für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten: Kein Stundenlohn unter 8,50 Euro.

Kommt er wirklich für alle? Nein, mitnichten! Nach den Willen der Bundesregierung sollen weder Jugendliche noch Langzeitarbeitslose davon profitieren. Und die Forderungen nach weiteren Ausnahmen reißen nicht ab. Die Verleger sehen die Pressefreiheit in Gefahr, wenn es keine Ausnahmen für Zeitungszusteller gibt. Die Landwirte warnen davor, dass der Spargel unbezahlbar wird, wenn die Erntehelfer endlich vernünftig entlohnt werden.

Wir halten dagegen: Würde kennt keine Ausnahmen! Der Mindestlohn muss ohne Wenn und Aber für alle Arbeitsverhältnisse gelten. Also auch für Menschen unter 18 Jahre und für Langzeitarbeitslose. Ausnahmen lehnen wir ab.

Die Erfahrungen mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz haben uns gelehrt: Wenn der Gesetzgeber Ausnahmen zulässt, nutzen die Arbeitgeber sie, um das Gesetz zu unterlaufen. Das Argument, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet, ist reine Panikmache. Erfahrungen in unseren europäischen Nachbarländern zeigen: Der Mindestlohn ist kein Jobkiller!

Die Behauptungen der Arbeitgeber sind nicht haltbar. Wenn sie jungen Menschen eine Perspektive geben wollen, gibt es zwei Antworten: Lassen Sie uns den Niedriglohnsektor trocken legen und bieten Sie genügend qualifizierte Ausbildungsplätze an. Es ist ein Skandal, dass 15 Prozent der jungen Menschen eines Jahrgangs in diesem Land keinen Ausbildungsplatz erhalten.

Lassen Sie uns gemeinsam eine Allianz für Aus- und Weiterbildung schmieden, die jungen Menschen sichere Perspektiven bietet. Und lassen Sie uns mehr in die Bildung investieren, damit die viel zu hohe Zahl der Schulabbrecher endlich mindestens halbiert wird.

Anrede,

Die vehemente Kritik gegen den Mindestlohn zeigt aber auch, dass wir eine gesellschaftliche Debatte über den Wert von Arbeit brauchen. Es ist ein Skandal, dass in einem reichen Land wie Deutschland mittlerweile über acht Millionen Menschen Niedriglöhne beziehen. Wir wissen: Die Probleme des Niedriglohnssektors werden allein mit einem Mindestlohn nicht gelöst.

Menschen müssen von ihrer Arbeit ordentlich leben können. Sie brauchen vernünftige Arbeitsbedingungen, damit sie gesund in Rente gehen können. Und sie brauchen sichere Renten, von denen man auch im Alter gut leben kann.

Wir müssen deutlich machen, dass es in unserer sozialen Marktwirtschaft zu viele Arbeitgeber gibt, die sich ihrer sozialen Verantwortung systematisch entziehen und täglich Tariffucht begehen. Daher ist es wichtig, dass die Tarifautonomie in diesem Land endlich gestärkt wird. Dazu gehört eine bessere Regelung zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, um die Blockadehaltung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA) aufzubrechen.

Und das Entsendegesetz muss auf alle Branchen ausgeweitet werden. Der von Schwarz-Rot auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung. Wir werden aber genau darauf achten, dass er nicht verwässert wird.

Unser Ziel bleibt: Die Spaltung des Arbeitsmarktes muss ein Ende haben.

In den Branchen, in denen wir gewerkschaftlich gut organisiert sind, haben wir in der Krise einiges erreicht. In den letzten Tarifrunden haben die Gewerkschaften die Realeinkommen für die Beschäftigten in vielen Branchen durch ordentliche Tarifabschlüsse erhöht und damit einen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet.

Anrede,

Aber selbst mit einem gesetzlichen Mindestlohn sind die Beschäftigten in zu vielen Betrieben von guter Arbeit meilenweit entfernt.

In diesem Frühjahr wurden in rund 26.000 Betrieben rund 180.000 Betriebsräte gewählt. Die bisherigen Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Wahlbeteiligung ist mit über 70 Prozent gut, noch besser ist, dass rund 80 Prozent der gewählten Betriebsräte einer DGB-Gewerkschaft angehören. Die guten Ergebnisse haben einen Grund. Die Menschen wissen: Betriebs- und Personalräte sind Garanten für gute Arbeit.

Aber immer häufiger geraten sie an ihre Grenzen. Wenn etwa Firmen Arbeit auslagern und per Werkvertrag zu miesen Bedingungen vergeben, dann bleiben Betriebsräte außen vor. Die Betriebsräte brauchen deshalb mehr Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten. Einerseits, um sich gegen Lohndumping und unwürdige Arbeitsbedingungen einzusetzen. Andererseits, um sich für Gute Arbeit stark zu machen.

Wir wissen aber auch, dass es nach wie vor zu viele betriebsratsfreie Zonen gibt. Schon die Absicht, einen Betriebsrat gründen zu wollen, hat oft üble Folgen. Sie reichen von Drohungen der

Arbeitgeber bis zur Entlassung. Immer öfter halten spezialisierte Anwaltskanzleien Betriebe mitbestimmungsfrei.

Das können und werden wir nicht hinnehmen. Wir brauchen den vollen Kündigungsschutz für alle, die einen Betriebsrat gründen wollen. Auch das wäre ein wichtiger Schritt, der Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen und die Arbeitsbedingungen in den Billiglohn-Buden zu verbessern.

Daher sagen wir: Das Betriebsverfassungsgesetz muss modernisiert werden. Bislang konnten sich die Berliner Koalitionäre nicht darauf verständigen. Wir brauchen eine zwingende Mitbestimmung der Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen. Betriebs- und Personalräte müssen das Recht haben, gegen die zunehmende Leistungsverdichtung und den Stress initiativ zu werden. Und: Wir müssen die Humanisierung der Arbeit wieder in den Mittelpunkt stellen.

Auch der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss endlich ein Ende haben. Und: Die sachgrundlose Befristung von Jobs gehört abgeschafft. Zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen hat der NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider einen diskussionswürdigen Vorschlag gemacht. Davon will die große Koalition noch nichts wissen. Wir werden dran bleiben.

Anrede,

Gestern hat die Bundesagentur für Arbeit die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vorgelegt. Erfreulich ist: Die Arbeitslosigkeit sinkt, und die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten steigt. Trotzdem haben wir aber immer noch fast drei Millionen Menschen, die arbeitslos sind. Ich sage, das ist entschieden zu viel.

Allein hier in Duisburg sind 34.000 Menschen arbeitslos. Das bedeutet eine Arbeitslosenquote von fast 14 Prozent, ein trauriger Rekord in NRW. Die Duisburger Region hat den Strukturwandel leider noch lange nicht bewältigt. Im vergangenen Jahr haben die Kolleginnen und Kollegen von TSTG Schientechnik lange um ihren Arbeitsplatz gekämpft, aber letztendlich verloren. ISE Automotive wurde letztes Jahr verkauft und dann geschlossen. In anderen Betrieben droht Stellenabbau, allein ThyssenKruppSteel plant den Abbau von 1000 weiteren Stellen.

Anrede,

Die anhaltende Deindustrialisierung muss dringend gestoppt werden! Wir brauchen eine aktive Industrie- und eine vorausschauende Strukturpolitik.

Der Wirtschaftsminister, Sigmar Gabriel, hat in wenigen Wochen Beachtliches geleistet. Er hat die Energiewende auf die richtige Spur gesetzt. Energie muss für die Menschen bezahlbar bleiben. Die energieintensiven Industrien – davon gibt es reichlich hier in der Region – dürfen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht stranguliert werden.

Anrede,

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, und wir wollen eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels. Wir wollen erfolgreich, aber behutsam den Weg in ein regeneratives Zeitalter beschreiten. Das geht aber nur mit und nicht ohne die Industrie. Wirtschaft ohne Industrie wird nicht funktionieren.

Der Erfolg der Energiewende wird auch über den Erfolg des Industriestandorts Deutschland mitentscheiden. Auf diesem Weg werden wir in den nächsten Jahren einen intelligenten Energiemix

brauchen. Dazu gehören auch fossile Kraftwerke, die auf lange Zeit einen wichtigen Beitrag zur Grundlastversorgung leisten, damit unsere Betriebe auch arbeiten, wenn kein Wind weht und wenn keine Sonne scheint.

Daher kann ich die Politik der Landesregierung – die durchaus viele wichtige industriepolitische Initiativen auf den Weg gebracht hat – überhaupt nicht verstehen, wenn sie das Rheinische Braunkohlerevier zur Disposition stellt.

Der DGB-Vorsitzende in NRW, Andreas Meier-Lauber, hat völlig recht, wenn er das Vorhaben der Landesregierung kritisiert, den Braunkohletagebau in Garzweiler zu verkleinern.

Anrede,

Industriepolitik heißt auch, dass wir dringend öffentliche Investitionen in die marode Infrastruktur brauchen. Die marode Verkehrsinfrastruktur, baufällige Brücken, kaputte Straßen sind überall im Lande zu besichtigen. In unseren Schulen sieht es nicht viel besser aus. Wir brauchen mehr Investitionen in die Zukunft.

Es hilft uns reichlich wenig, wenn der Bundesfinanzminister sich aufgrund der guten Konjunktur über die sprudelnden Steuereinnahmen freut. Diese aber ausschließlich zur Sanierung der öffentlichen Haushalte verwenden will. Der Schuldenabbau darf nicht Vorrang vor der Förderung eines nachhaltigen Wachstums haben. Das ist ökonomisch unvernünftig und eine schwere Bürde für die künftigen Generationen.

Wer investieren und zugleich Schulden abbauen will, der muss die Einnahmeseite des Staates verbessern. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der seinen Zukunftsaufgaben gerecht wird. Und die sind nicht gering!

Wir brauchen noch in dieser Legislaturperiode eine sozial gerechte Steuerreform. Es ist doch ein Wahnsinn, dass Kapitaleinkünfte lediglich mit 25 Prozent besteuert werden und die arbeitende Bevölkerung für ihre tägliche Arbeit am Ende des Monats bis zu 42 Prozent an den Fiskus abführt. Das ist sozial nicht gerecht und ökonomisch nicht vernünftig. Wir brauchen ein Steuersystem, das die Vermögenden an den Zukunftsaufgaben stärker beteiligt und die unteren Einkommensbezieher entlastet. Daher muss die so genannte kalte Progression weg. Was wir in Tarifverhandlungen erreicht haben, darf nicht vom Finanzminister wieder eingesammelt werden. Auch das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Anrede,

Gerechter muss es endlich auch in Europa zugehen. Daher brauchen wir auch in Europa einen Politikwechsel. Die anstehenden Europawahlen bieten die Chance, eine breite Debatte über die Neuausrichtung der Politik in Europa zu führen. Die rigide Sparpolitik hat vor allem die Länder im Süden an den Rand des Ruins getrieben. Wir fordern Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa. Gute Arbeit und soziale Sicherheit muss es für alle geben. Die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss fair gestaltet werden. Europa braucht demokratische Reformen, mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Die sozialen Grundrechte müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben.

Anrede,

Die Krise in der Eurozone ist noch keineswegs überstanden. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst eine soziale Krise geworden. Die gesamte europäische Zivilgesellschaft ist gefordert, zu verhindern, dass sich die Eurokrise zu einer Krise der europäischen Idee auswächst. In allen Ländern Europas haben rechtspopulistische Kräfte, die nationale Lösungen und den Ausstieg aus dem Euro fordern und fremdenfeindliche Ressentiments schüren, immer mehr Zulauf. Im Vorfeld der Europawahlen muss alles getan werden, damit nicht noch mehr Menschen auf ihre einfachen, aber plumpen und falschen Antworten hereinfliegen.

Zugleich muss die EU unter Beweis stellen, dass sie die Ursachen der Krise wirksam bekämpft. Dafür brauchen wir robuste Spielregeln für die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, die den hemmungslosen Spekulationen endlich ein Ende bereiten. Banken und andere Finanzinstitute müssen der Realwirtschaft und den Menschen dienen und nicht verantwortungslosen Spekulanten.

Wir brauchen dringend die von uns seit langem geforderte Finanztransaktionssteuer. Wir begrüßen es, dass mittlerweile elf Mitgliedsstaaten der EU bereit sind, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit diese einzuführen. Und es ist ein gutes und erfreuliches Zeichen, dass der Europäische Gerichtshof diese Woche der Klage der britischen Regierung eine klare Absage erteilt hat. Zum Schutz ihrer Finanzindustrie wollten die Briten die Finanztransaktionssteuer verhindern.

Anrede,

Wir müssen den jungen Menschen in Europa dringend eine Perspektive geben. Die europäische Jugendgarantie ist vielleicht gut gemeint, aber grottenschlecht gemacht. Während mit milliardenschweren Rettungsschirmen die Banken gerettet wurden, lässt man die arbeitslosen Jugendlichen – insbesondere im Süden Europas – förmlich im Regen stehen. Von den zugesagten Hilfen ist bei den jungen Menschen bis heute nichts angekommen. Das ist ein Skandal.

Die Europäische Kommission muss unter Beweis stellen, dass sie den politischen Willen aufbringt, faire Spielregeln für eine soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung bei internationalen Handelsabkommen durchzusetzen. Beste Gelegenheit hat sie hierfür bei den aktuellen Verhandlungen mit den USA über ein Handels- und Investitionsabkommen.

Wir brauchen Europa, aber ein anderes, ein sozial gerechtes Europa. Mit europäischer Kleinstaaterei werden wir die Herausforderungen der Globalisierung nicht bestehen können.

Anrede,

In diesem Jahr erinnern wir daran, dass vor 100 Jahren – 1914 – der 1. Weltkrieg ausbrach. Daran zu erinnern, haben wir allen Grund, wenn wir an Europa denken. Vergessen wir nie, dass die europäische Einigung historisch die konsequente und einzig richtige Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist. Deshalb verdient es dieses Europa, dass wir uns mutiger engagieren, dass wir die Grenzen offenhalten und nicht neue Mauern in Europa aufbauen. Ohne die europäische Perspektive ist alles nichts. Sind wir uns immer dessen bewusst, dass die Welt größer als Europa ist. In einer globalisierten Welt können und dürfen wir Europa nicht zur Festung einmauern. Ein weltoffenes und solidarisches Europa ist unsere Perspektive. Dafür wollen wir kämpfen.

Vor wenigen Monaten hätte ich im Traum nicht daran gedacht, dass – 100 Jahre nach dem Beginn der europäischen Katastrophe des 1. Weltkriegs – das Thema Krieg oder Frieden wieder auf der europäischen Tagesordnung stehen würde. Schon der Krieg beim Zerfall Jugoslawiens hat gezeigt, dass es außerhalb der Europäischen Union keine Friedensgarantie gibt. Die Ukraine, schwach regiert und vom Zerfall bedroht, wird zum Spielball unterschiedlicher geo-politischer Interessen.

Europa muss alle seine Kräfte aufbieten, um den Konflikt um die Ukraine im Respekt vor den Interessen des ukrainischen Volkes und den Interessen Russlands friedlich lösen zu helfen. Säbelrasseln, Truppenaufmärsche – das sind die Methoden, die im Europa des 21. Jahrhunderts nach den fürchterlichen Erfahrungen im vergangenen Jahrhundert keinen Platz mehr haben dürfen.

Anrede,

bei der Europawahl steht viel auf dem Spiel. Wir müssen mit ganzer Kraft den äußeren und inneren Frieden sichern. Überall in Europa nutzen Rechtspopulisten diese Wahl, um mit Lug und Trug Stimmung gegen Europa zu machen. Auch in Deutschland – allen voran die selbsternannte Alternative für Deutschland.

Aber auch alte und neue Rechtsextremisten und Nazis kriechen aus ihren Löchern, um bei den Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai etwa mit haltlosen Vorwürfen gegen Rumänen und Bulgaren, die angeblich unsere Sozialsysteme ausnutzen, Stimmung zu machen. Es ist unerträglich, dass ausgerechnet am 1. Mai, am internationalen Tag der Arbeit, die NPD in Duisburg aufmarschiert. Das gilt genauso für die Lichterkette, mit der die rechtsextreme Partei „Pro NRW“ heute Abend gegen angeblichen „Asylmissbrauch, Masseneinwanderung in die Sozialsysteme und kulturelle Überfremdung“ mobilisieren will.

Der DGB-Jugend sei an dieser Stelle ausdrücklich für ihr Engagement und ihre Zivilcourage gedankt! Mit phantasievollen Aktionen in der Stadt haben sie deutlich gemacht: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus haben hier keinen Platz! Aus der Vergangenheit wissen wir: Nachvollziehbare Argumenten gegen die haltlosen Behauptungen der Rechtsextremen allein reichen nicht. Die Lehre aus der deutschen Geschichte ist eindeutig. Sie lautet: „Wehret den Anfängen!“

Das heißt heute: Ein Verbot der NPD ist überfällig. Wir wissen aber auch, ein Verbot allein wird die Probleme, die sich mit dem zunehmenden braunen Terror ergeben, nicht lösen. Alle Demokraten müssen sich dem widersetzen – kompromisslos und dauerhaft. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus haben keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft und schon gar nicht in der deutschen, angesichts unserer Geschichte.

In diesem Sinne Kolleginnen und Kollegen: Lasst uns verhindern, dass ausgerechnet die Europawahlen eine Bühne für das braune Gedankengut bietet.

Geht am 25. Mai wählen und zeigt den Rechten die rote Karte! Wir brauchen sie nicht!

Danke für eure Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf!